

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 70 (1978)
Heft: 4

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik

In dem österreichischen gewerkschaftlichen Monatsorgan *«Arbeit und Wirtschaft»* (Heft 3) gibt Hartmut Seifert einen umfassenden und informativen Überblick über die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Seit mehr als drei Jahren werden dort über eine Million Arbeitslose registriert, und diese Zahl wäre noch bedeutend höher, wenn nicht seit 1973 rund 600 000 ausländische Arbeitskräfte in ihre Heimat zurückgekehrt und mehr als 500 000 Arbeitskräfte in die sogenannte Stille Reserve abgedrängt worden wären. Diese Massenarbeitslosigkeit drängt immer mehr Arbeitslose an den Rand des Existenzminimums. Zwischen Mai 1975 und Mai 1977 stieg der Anteil der länger als ein Jahr Arbeitslosen von 7 auf 18 Prozent. In der BRD erlischt nach einem Jahr Arbeitslosigkeit der Anspruch auf Arbeitslosengeld. Vorausgesetzt, dass eine gewisse Bedürftigkeit vorliegt, erhält der Arbeitslose eine Arbeitslosenhilfe, die allerdings statt der bisher 68 Prozent des letzten Arbeitseinkommens höchstens noch 58 Prozent ausmacht. Falls aber der Ehepartner noch Arbeit hat, erlischt dieser Anspruch. Längerfristig arbeitslos sind in erster Linie ältere, gesundheitlich geschädigte und unqualifizierte Arbeitnehmer, also Menschen, deren Arbeitsleistung und Fähigkeit sich vielfach in einem jahrelangen Arbeitsprozess unter schweren und ungünstigen Arbeitsbedingungen zum Teil verschlissen und verbraucht haben. Ausführlich kommt der Autor auf die arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramme der BRD von 1974 bis 1977 zu sprechen. Er zieht dabei die beiden folgenden Schlussfolgerungen: «Die von der Gesamtheit der abhängigen Beschäftigten aufgebracht Mittel zur Arbeitslosenversicherung werden bei einzelnen Massnahmen eher im Interesse der Unternehmer als im Interesse der betroffenen Arbeitslosen oder Beschäftigten verwendet. Diese Einschätzung gilt auch für die Lohnkostensubventionen.» «Insgesamt lässt sich sagen, dass ein Teil der arbeitsmarktpolitischen Massnahmen überdacht und korrigiert werden muss.

Nicht die Subventionierung unternehmerischer Gewinne, sondern die vollwertige Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen in dauerhaften und qualifizierten Tätigkeiten muss als Richtschnur für arbeitsmarktpolitisches Handeln gelten.» Diesen Schlussfolgerungen wird auch im Vollbeschäftigungsprogramm des DGB, das der Autor zusammenfassend wiedergibt, Rechnung getragen. Hier wird von qualitativem Wachstum, von gezielter Strukturpolitik, von Erhöhung der Kaufkraft, von expansiveren staatlichen Ausgaben- und Investitionstätigkeiten und von Arbeitszeitverkürzungen gesprochen.

Dieser Aufsatz wird ergänzt durch einen Kurzbeitrag mit der Überschrift «BRD: 2,5 Millionen Arbeitslose 1990?» Diese düstere Prognose wird durch den Computer gezeichnet. Genauso wie zu dieser Computerzahl eine Fragezeichen gemacht werden darf, so auch zu den vom Computer errechneten Alternativen. Immerhin zeigen diese eine gewisse Stossrichtung auf. Würde man – immer nach Computer – den Jahresurlaub je Erwerbstätigen in der BRD um 10 Tage verlängern, würde die Zahl der Arbeitslosen bis 1980 um 400 000 und bis 1990 sogar um 1,2 Millionen zurückgehen. Würde bis 1985 eine Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich zwei Stunden verwirklicht, so könnte die potentielle Arbeitslosigkeit schon bis 1980 um 700 000 und bis 1985 um 1,5 Millionen verringert werden. Weitere Angebote des Computers lauten: Senkung des Rentenalters um ein Jahr würde 200 000 Erwerbstätige weniger bedeuten, mit einem zusätzlichen Berufsgrundschuljahr könnte der Arbeitsmarkt um 400 000 Menschen entlastet werden usw. Leider fehlen bei diesen einleuchtenden Computer-Vorschlägen Angaben über die finanziellen Konsequenzen.

Ist der Marxismus die Quelle des heutigen Terrors

Gerne wird heute von gewissen Kreisen des Bürgertums die Schuld am Terrorismus dem Marxismus zugeschrieben, so erklärte beispielsweise Heiner Geissler,

der Generalsekretär der CDU, «dass der Marxismus als eines der wichtigsten Ursachenfelder für den Terrorismus anzusehen ist.» Zwangsläufig ergibt sich daraus, dass all jene, die sich auf die geistigen Traditionen der Arbeiterbewegung berufen, in einem allerdings entfernten, aber doch verwandtschaftlichen Verhältnis zu den Terroristen stehen. Anhand von gut ausgewählten Zitaten aus den Werken der sozialistischen Klassiker versucht nun Helga Grebing unter dem Titel «Arbeiterbewegung und Gewalt», in Nummer 2 der *«Gewerkschaftlichen Monatshefte»* (Bund Verlag, Köln), diesen Vorwurf zurückzuweisen. Etwas problematisch ist darin allerdings ihre Auseinandersetzung mit Lenin, dem sie einen Bruch mit den Traditionen der Arbeiterbewegung vorwirft. Fairerweise gibt sie dabei zuerst ein Zitat Lenins aus dem Jahre 1902 wieder, wo dieser Terrorakte der «Spontaneität der leidenschaftlichen Empörung der Intellektuellen» zu-rechnet, die keine Verbindung zur Arbeiterbewegung haben und nicht an sie glauben. Wem dieser Glaube fehle, dem falle es tatsächlich schwer, «für sein Gefühl der Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden als den Terror». Anschliessend zitiert die Autorin aus dem 1917 entstandenen Werk Lenins «Staat und Revolution», in dem dieser für eine gewaltsame Machtübernahme des Proletariats plädiert. Soweit richtig, damit hat Lenin aber keineswegs seine erste Aussage entkräftigt und für die mörderischen Terrorakte in Westeuropa gilt nur jene Aussage. Für das zweite Zitat würde viel eher gelten, was Grebing in einem späteren Abschnitt schreibt: «Im nachhinein in Kenntnis des Charakters des Faschismus erscheint die Anwendung von organisierter Gegengewalt gegen den Nationalsozialismus zwingend als einzig erfolgversprechendes Mittel: Ein Bürgerkrieg hätte in jedem Falle weniger Blutvergiesen gefordert als die Wirklichkeit des 'Dritten Reiches' einschliesslich des Zweiten Weltkrieges.» Zusammenfas-

send kann man sicher sagen, dass weder ein sozialistischer noch ein kommunistischer Theoretiker von Format auch nur das geringste Verständnis für die gegenwärtige Eskalation der Gewalt und des Terrors in den Staaten Westeuropas hätte. Alle wären sich einig, dass die derzeitigen kriminellen Akte in Deutschland und Italien nur der Rechten und dem Faschismus in die Hand spielen.

Der Beitrag von Helga Grebing steht thematisch nicht isoliert in den Monatsheften. Ihre Arbeit wird ergänzt durch Beiträge von Christian Graf von Krockow, der den Problemkreis «Konflikt und Gewalt – Thesen zur Reformfähigkeit unserer Gesellschaft» analysiert, und von Rudolf Wassermann, der sich mit «Terrorismus und Rechtsstaat» auseinandersetzt, von Irving Fetscher, der nach den «Geistigen Wurzeln des Terrorismus» forscht, und von Peter Lösche, der «Internationale und historische Aspekte» von «Terrorismus und Anarchismus» beleuchtet.

Hinweis

Die in Stuttgart im 28. Jahrgang erscheinende Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, *«Osteuropa»*, versucht in ihrer Februar-Nummer, einige «Aspekte der Differenzierung im Weltkommunismus» herauszuarbeiten. Im ersten Beitrag analysiert Wolfgang Leonhard die vier zurzeit wichtigsten Modelle: das sowjetische, das chinesische, das jugoslawische und das der Eurokommunisten. Dieser Arbeit folgen Überlegungen Klaus Mehnerts zu einer Chinareise im Herbst 1977, Horst-Dieter Topp trägt einige Überlegungen zur Loslösung Tiranas von Peking vor, Stephan Jaschek ergänzt diesen Beitrag, indem er etwas tiefer auf den chinesisch-albanischen Ideologiekonflikt eingeht, Heinz Brahn lässt sowjetische Intellektuelle über «die chinesische Gefahr» zu Worte kommen, und Heinz Timmermann gibt einen Einblick in das Verhältnis Moskaus und Pekings zu den Eurokommunisten.